

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger



Amtsblatt für die Königl. Amtshauptmannschaft Flöha, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rothberg sen. in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von T. G. Rothberg in Frankenberg i. Sa.

Nr. 226

Freitag den 27. September 1918

77. Jahrgang

Verkauf von Quarzkäse Freitag, den 27. ds. Mts., an die Bewohner des 3. Protokollbezirks Nr. 1 bis 600 bei Noth gegen 2. Abschnitt für September der Landespreiskarte. Die Ausweisliste ist vorzulegen. Stadtrat Frankenberg, den 26. September 1918.

Nichtbankwürdiges Rindfleisch in Dosen gelant Freitag, den 27., und Sonnabend, den 28. ds. Mts., bei sämtlichen Fleischern zum Verkauf. — Haushalte bis mit 4 Röpfe erhalten 1, über 4 Röpfe 2 Dosen. Preis: 2.30 Mark für die Dose. — Für eine Dose sind die Fleischmarken Nr. 1 bis 3 abzugeben. Ausweisliste ist vorzulegen. — Das Fleisch ist sofort zu verbrauchen. Stadtrat Frankenberg, den 26. September 1918.

Verkauf von Zuckerbonia bei sämtlichen Händlern: Sonnabend, den 28. ds. Mts., auf Lebensmittelmarkt Nr. 158 je 100 Gramm. Stadtrat Frankenberg, den 26. September 1918.

Die Sitzung des Hauptauschusses

Nach den Erklärungen der Regierungsvertreter begann am Mittwoch im Hauptauschuss die Aussprache über die politische Lage.

Abg. Gröber (Ztr.):

Die Verhandlungen stehen unter dem Eindruck der gestrigen Mitteilungen über die Mißerfolge im Westen. Indes ist die Lage nicht so, daß man den Kopf hängen lassen mußte. Wir haben auch weiterhin alles Vertrauen zur Führung und Truppe, die auch weiterhin ihre Schuldigkeit tun und die feindlichen Pläne zunichte machen werden. Notwendig zur Gewinnung und Stärkung des vollen Vertrauens unseres Volkes ist die völlige Offenheit unserer Politik, da dürfen die Minister der Reichsleitung keine Schwierigkeiten machen. Der Zwiespalt zwischen Erklärungen des Reichskanzlers und Maßnahmen der nachgeordneten Stellen, auch drinnen in den besetzten Gebieten, hat den Glauben an die Ehrlichkeit der deutschen Politik erschüttert. Aber an der Ehrlichkeit der Gesinnung des Reichskanzlers kann und darf seinen Augenblick ge Zweifel werden. Die gestrigen Auskünfte über die Kriegslage sind ungenügend und bedürfen der Ergänzung. Diese muß, wenn nicht anders möglich, im nächsten Kreise gegeben werden. Auf dem Gebiete der inneren Politik bietet die Handhabung des Belagerungszustandes Gegenstand fortwährender Beschlüsse. Hier muß durchgegriffen werden. Ich erwarte heute noch eine Erklärung des Reichskanzlers. Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Mittel, und diese müssen unerschrocken angewendet werden. Mit eisernem Befehl muß beherrscht werden. Der Geheimrat des preussischen Kriegsministers v. Stein, der die Tätigkeit der Zentralstelle für Völkerrechte einschränkt, muß unbedingt zurückgezogen werden. Wenn meine Forderung politische Konsequenzen hat, so werden wir sie zu tragen wissen. Ich wiederhole, heute noch erwarte ich eine derartige Erklärung. Die Lösung dieser Fragen sind Lebensfragen für das deutsche Volk und für die Einheit der inneren Front, die zu erhalten Hauptaufgabe der deutschen Politik sein muß.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Die Zahl der Gegner der Politik, die unter dem heutigen Reichskanzler getrieben wird, ist sehr gewachsen. Aber was wir an Klagen über diese Politik vorzubringen haben, trägt nichts Persönliches gegen den Reichskanzler in sich. Dem Reichskanzler ist es nicht gelungen, sich durchzusetzen. Wir leiden an der Unterschätzung der Gegner, die uns militärischerseits mit suggestiver Gewalt beigebracht worden ist. Andererseits ist der Glaube unserer Gegner, Deutschland niederzuschmettern zu können, eine Illusion. Das darf ich den Gegnern sagen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß geschützt werden. Gegen die Nebenregierung, die gegen das Friedensprogramm des Reichskanzlers arbeitet, muß energisch vorgegangen werden. Der vom Abg. Gröber angezogene Geheimrat des Kriegsministers v. Stein ist unerhört. Einmal muß es offen ausgesprochen werden: Ludendorff regiert, nicht Hertling.

General v. Weisberg:

Der Erlaß des Kriegsministers richtet sich nicht gegen die Entscheidung des Reichstags vom 19. Juli. Hier haben Mißverständnisse vorgelegen.

Abg. Frickel (F. Vp.):

Obenan muß der Sach liegen, daß wir einen reinen Verteidigungskrieg führen. Dieser Gedanke ist getrübt worden nicht nur durch die Alldeutschen, sondern auch durch die Stellen, die Macht besitzen. Ohne eine Aenderung des Belagerungszustandes geht es nicht, es muß Wandel geschaffen werden. Wir stehen auf dem Boden des Völkerbundsgebanten und werden ihn nach unseren Kräften fördern. Kann der Reichskanzler nicht über Homogenität in der Reichsregierung sorgen? Kann der Oberstab der selbstvertretenden Generalkommandos nicht gebracht werden? Manche Bestrebungen an unseren Höfen erregen tiefe Mißstimmung, so hinsichtlich der finnischen Königswahl, Esch-Lohringens und der Personalunion mit den Nordstaaten.

Abg. Dr. Stresemann (Natl.):

Die Regierung hat in der Tat ein Aktionsprogramm zu erkennen gegeben, auf dessen Boden wir treten können. Die Einwände Scheidemanns gegen die Ausführungen des Kanzlers und Vizekanzlers in der belgischen Frage sind nicht stichhaltig. Belgien war nicht schuldlos. Frankreich stand zum Einmarsch in Belgien bereit, konnte aber warten, weil es England im Rücken hatte. In der Ostpolitik ist es unsere Pflicht, uns aus den inneren Verhältnissen Rußlands herauszuhalten. Die Kritik der Zusammenhänge ist nicht stichhaltig. Sie sind in Rußland mit 299 gegen eine Stimme genehmigt.

das ist ein Beweis dafür, daß Rußland zufrieden ist. In der finnischen Thronfrage dürfen wir doch nicht in die Freiheitsrechte dieses Landes eingreifen und keine Schwierigkeiten bereiten, wenn es einen deutschen Fürsten haben will. Das gleiche Wahlrecht muß und wird kommen, das sollte auch das Herrenhaus gehört werden, und die Sozialdemokraten sollten sich zu einer Verständigung bereit finden, damit in dieser schweren Zeit ein Wahlkampf vermieden wird. Hierauf wurde die weitere Aussprache am Donnerstag vormittag vertagt. — Später fand wiederum eine vertrauliche Zusammenkunft nur der Ausschussmitglieder mit Regierungsvertretern statt.

h Berlin, 25. 9. Die gestrige Besprechung, die der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Hinzpeter, mit den Mitgliedern des Hauptauschusses des Reichstages hatte, soll im Anschluß an die Wiener Friedensnote und die wieder beginnenden deutsch-österreichisch-ungarischen Verhandlungen über Polen in der Hauptfrage der Erörterung des Bundesverhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geendet haben.

Fraktionssitzungen

h Berlin, 26. 9. Die interfraktionellen Besprechungen sind gestern abend, nachdem vorher die einzelnen Fraktionen zu Sitzungen zusammengetreten waren, wieder aufgenommen worden und werden fortgesetzt werden. Wie man, so bemerkt das „Berl. Tgl.“, mit einer gewissen Berechtigung eine Zeitlang von einer gewissen Krisis innerhalb der Mehrheitsparteien sprechen konnte, so darf diese Krisis jetzt als beseitigt angesehen werden, dagegen besteht die Kanzlerkrisis nach wie vor.

h Berlin, 26. 9. Im „Vorwärts“ heißt es über die gestrigen Reden: Die Ueberraschung des Tages war die Rede Gröbers, der als stärkste Stütze der Regierung hervorgetreten ist. „Germania“ stellt fest, daß eine weitere Beteiligung in der Beurteilung der Dinge eingetreten ist und meint, in erster Linie werde man das auf die Rede Gröbers zurückzuführen haben. Der sozialdemokratische Führer habe eine anerkannt wertvolle Mahnung in der Form beigesteuert. Der „Volksanzeiger“ sagt: die Mehrheitsparteien haben es gestern gut verstanden, daß, was sie in der Beurteilung unserer politischen Lage gemeinsam haben, ungleich stärker hervortreten zu lassen als die Fragen, in welchen sie sich nur schwer oder gar nicht untereinander verständigen können. Herr Gröber hat es freilich den verhängnisvollen Parteien überaus leicht gemacht, an ihren politischen Nachsprüchen unentwegt festzuhalten. Die deutsche „Tageszeitung“ äußert: Die Linke betrachtet die Rede Gröbers als ein wichtiges Anzeichen dafür, daß es doch noch bald zu einer Einigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie kommen werde. Welchen Erfolg diese Bemühungen haben werden, bleibt abzuwarten. Soviel läßt sich aber schon deutlich erkennen, daß, wenn die Regierung die Dinge willen- und talentlos gehen läßt, die Entwicklung der Lage ihr über den Kopf wachsen wird. Die „Rundschau“ schreibt: Man erkennt nach dem Verlauf der beiden ersten Verhandlungstage, daß die ganze sogenannte Krisis im wesentlichen eine künstliche Sache war, eine Sache jener Geister, die nur selig in dem Glauben sein können, von Krisis zu Krisis zum Glücke des reinen Parlamentarismus zu gelangen.

Redner der heutigen Hauptauschusssitzung
h Berlin, 26. 9. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses dürfte zunächst Graf Westarp das Wort ergreifen. Es wird in parlamentarischen Kreisen nicht als ausgeschlossen angesehen, daß nach ihm der Kanzler sprechen wird. Als weitere Redner sind die Abgeordneten Erzberger und Dawso vorgesehen.

Der Kaiser in Kiel

Kiel, 24. 9. Der Kaiser ist heute vormittag 9 Uhr mit Hofjag auf dem Heiligen Bahnhof eingetroffen. Zum Empfang waren u. a. anwesend Prinz Heinrich von Preußen, der Herzog und die Herzogin von Meiningen, der Chef des Admiralstabes, Admiral Scheer, Oberbürgermeister Lindemann. Nach der Begrüßung begab sich Seine Majestät mit dem Gefolge auf dem Wasserwege zur Besichtigung, zunächst zur Torpedowerkstatt. Mittags 12 1/2 Uhr begab sich der Kaiser nach dem Gezerierplatz in der Wilh.

Der Kaiser sagte in einer Ansprache, Coronel- und Flagertal, sowie die tapferen Vorkämpfer unserer Torpedoböde gegen die feindlichen Küsten hätten bewiesen, wie ihr

Das Königliche Ministerium der Justiz hat die bisherigen königlichen Friedensrichter als: **Schneidbach** in Frankenberg, Erbgerichtsbesitzer **Hunger** in Dittersbach, Gemeindevorstand **Rudert** in Garmersdorf, Gutsbesitzer **Dolar Nudel** in Garmersdorf, Bahnhofsvorsteher i. R. **Rudert** in Garmersdorf, Gemeindevorstand **Pilcher** in Hausdorf, Gutsbesitzer **Frengel** in Irbersdorf, Gutsbesitzer **Gähler** in Meydorf, Gutsbesitzer **Gähler** in Mühlbach, Rentier **Kähler** in Niederlichtenau, Gutsbesitzer **Ante** in Oberlichtenau und Rentier **Lübner** in Sachsendorf je für den bisherigen Bezirk anderweit und den Gemeindevorstand **Kelchstein** in Sachsendorf je für die Orte **Niederlichtenau, Braunsdorf und Altenhain**, den Kaufmann **Goldammer** in Auerwalde für Auerwalde und den Gemeindevorstand **Otto** in Niederlichtenau für Niederlichtenau als Friedensrichter auf die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 30. September 1923 ernannt. Frankenberg, den 23. September 1918. **Königliches Amtsgericht.**

Bestellungen auf das Tageblatt

(für das Vierteljahr 3 Mk. — P., für den Monat 1 Mk.) nehmen alle Ausgabestellen und Austräger in Stadt und Land, ebenso alle Postanstalten des Deutschen Reiches jederzeit entgegen.

Geist in der Flotte herrschte. Die Ruhmestaten der Flotte seien denen unserer Armeen gleichwertig. Der Kaiser forderte zum Schluß auf, dafür zu sorgen, den U-Bootskrieg in voller Wirksamkeit zu erhalten, damit den Truppen an Land auch weiterhin geholfen und ermöglicht werde, den schweren Kampf mit Erfolg durchzuführen.

Der Stationschef, Admiral **Bachmann**, gelobte im Namen der ihm unterstellten Truppenteile, alles daran zu setzen, um die Pflicht gegen Kaiser und Reich voll zu erfüllen.

Der Nachmittag war Besichtigungen auf der Kaiserlichen Werft gewidmet, wobei sich Seine Majestät an Arbeiter und Arbeiterinnen zu eingehenden Gesprächen wandte. Die dem Kaiser überall entgegengebrachte Verehrung kam wiederholt in höchst begeisterten Zurufen seitens der Werfangehörigen zum Ausdruck. Einer Anzahl von Arbeitern und Angestellten wurden Auszeichnungen verliehen. Die Besichtigung der Torpedowerkstatt in Friedrichsort durch den Kaiser erfolgte nach einem Sonderprogramm unter Führung des Kommandeurs **Hering**. In allen Abteilungen wurde der Kaiser von den Werfangehörigen aufs freudigste begrüßt. Seine Majestät verteilte eine Anzahl Orden und Ehrenauszeichnungen. Auf dem Rückwege von der Torpedowerkstatt zur Dampferbrücke hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden, um dem Kaiser, der über den ihm zuteil werdenden herzlichsten Empfang sichtlich erfreut war, zu begrüßen. Von Friedrichsort ging die Fahrt nach der Wilh. Es erfolgten dort Vorführungen auf „S. M. S. Weiskan“.

Kiel, 25. 9. Seine Majestät der Kaiser begibt sich heute von Kiel nach Ederstedt, woselbst Übungen der U-Bootschule stattfinden werden. Die Rückkehr nach Kiel ist für heute abend 6 Uhr vorgesehen.

Deutschland und der Völkerbund

In einem Land die kriegsführenden Mächte völlig miteinander einig: in der Ueberzeugung und dem Wunsch, daß der Friede ein Dauerfriede und nicht nur ein Waffenstillstand zum Atemholen sein soll. Man darf danach wohl sagen, daß sie in der wichtigsten Frage, in dem wünschtesten Kriegsziel untereinander einig sind, wenn die Entente auch den Dauerfrieden erst nach Beherrschung Deutschlands erreichen zu können glaubt. Dieser Wunsch nach dauerhafter Festlegung der Verhältnisse ist ja auch der Sinn des Strebens nach einem Völkerbund. Der auf Recht und Gerechtigkeit gegründete und Streitigkeiten durch Schiedspruch zu enden in der Lage sein soll. Freilich über die Einzelheiten der Durchführung wie der Methoden einer solchen weitpolitischen Einrichtung zum Schutze des Weltfriedens ist man sich diesseits und jenseits der Schiedsgerichte noch keineswegs einig. Solange man in freies Land hysterische Wutausbrüche losläßt wie Clemenceau, jede Friedensdiskussion als aussichtslos abtut wie Balfour, auf unannehmbare frühere Verträge ohne Verhandlung und als Vorbedingung hinweist wie Wilson, ist natürlich der Boden für Schiedspruch und Völkerbund schlecht bereitet. Begreiflich ist daher, daß die führenden Staatsmänner der Entente neuzündungs sehr schweigsam mit dem Thema Völkerbund geworden sind, das so gar nicht zu ihrer Knodout-Politik paßt. Denn wie kann man einen Dauerfrieden herbeiführen, wenn man schon vor den ersten Besprechungen über die Möglichkeiten der Beendigung des Krieges zurückschreckt?

Kann also das Gerede der Entente-Staatsmänner in dieser Hinsicht zunächst gar nicht ernst genommen werden, so darf andererseits daran erinnert werden, daß Deutschland schon mehrfach seine Bereitschaft erklärt hat, einem Völkerbunde beizutreten, der die Absicht verfolgt, Friedensstörer im Zaum zu halten. Daran muß heute angeknüpft werden. Die Welt will die Herstellung eines wirklichen Friedens, dessen wichtigste Begleiterscheinung der Völkerbundsgebante ist, und Deutschland ist es, das diesen Gedanken nicht als inhaltslose Phrase ausgesprochen hat, wie die Feinde, die von einer Liga der Nationen auch ohne Deutschland und Oesterreich sprechen, sondern Deutschland hält den Gedanken eines Völkerbundes für unvermeidbar mit dem grundsätzlichen Ausschluß oder der grundsätzlichen Verletzung irgend eines Kulturoolles. Denn eines ist ohne weiteres klar: ein Völkerfriedensbund kann nur in friedlicher oder verständiglicher Atmosphäre gedeihen. Sag und hochmütige Ablehnung jeder Aussprache oder Annäherung müssen die Worte vom Dauerfrieden und von der Liga der Nationen zu hochföhrlichen Phrasen stampeln.

Wo ist man seit langem trotz glänzender militärischer Auswüchen zum Frieden bereit — wo anders als im Vier-